

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer 25 241
Preis für Nachdrucke: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Börsenort bei täglich zweimaliger Aufzogung über durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 30,- M., vereinfacht 20,- M.
Anzeigen-Preise.
Die 1-polige 32 mm breite Zeile 7,- M., überhalb Sachsen 5,- M. Sonnen-
anzeigen, Anzeigen unter Städten und Wohnungsmärkten, kleinste Ein- und Be-
züge bis Zeile 5,- M. Vierpolige 16 mm breite Zeile 10,- M. Zusätzliche Abdrücke gegen
Berechnung. Einzelnummer 1,50 M. Sonntagsausgabe 2,- M.

Veröffentlichung und Sammelgriff-Methode:
Marktstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Steglitz & Reichert in Dresden.
Postleitzahl-Karte 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit bestätiger Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unterfangene Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Feinste Leibetwaren + Damentaschen
Elegantes Reisegepäck
26 Prager Straße 26

Trinkt
Radeberger Pilsner

Schloß-Rondstorf Weber
Schloßstraße 19
(unter 200 Schuhweiter)
Gutes Tages-Café mit feinen Rondstorf-Spezialitäten

Stillstand der Beamtengehältsverhandlungen.

Die Regierungsbedingung für Gehalts- und Lohnerhöhung.

Hundertwanzigprozentige Steigerung bei Annahme des Arbeitszeitgeleches.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 20. Juni. Im Reichsfinanzministerium besannen heute die neuen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften über die Erhöhung der Beamtengehälter und der Löhne für die Staatsarbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften hatten diesmal von einer Formulierung ihrer Forderungen Abstand genommen, da die Regierung selbst die Initiative ergreifen und sich zur Erhöhung der Gehälter und Löhne bereit erklärt hatte. Die Verhandlungen über die materiellen Fragen vollzogen sich daher ohne Rücksicht, da beide Seiten der Ansicht waren, daß die Erhöhung der Gehälter und Löhne entsprechend dem Anwachsen der Ausbezüger seit der letzten Lohnregulierung vorzunehmen sei. Da seit der letzten allgemeinen Lohnsteuerung die Kosten der Lebenshaltung um etwa 25 Prozent gestiegen sind, sollen dementsprechend auch die Gehälter und Löhne erhöht werden. Im Auftrage des Reichsfinanzministeriums gab jedoch der Ministerialdirektor v. Schlieben die Erlösung ab, daß die Regierung die Erhöhung der Aufsichtserstattung von der Annahme des Arbeitszeitgeleches abhängig machen müsse. Diese Mitteilung rief bei den Organisationsvertretern eine nicht unerhebliche Unzufriedenheit hervor. Sie haben Erklärungen dahingehend ab, daß sie einer Beschränkung der Verhandlungen über die reine Lohn- und Gehaltsfrage mit dem Arbeitszeitgelech nicht anstimmen würden. Auf ihren Wunsch wurde die Sitzung unterbrochen, um den Spitzenorganisationen Gelegenheit zu einer gemeinschaftlichen Beratung der Frage zu geben. Die

Vereiter aller Eisenbahnerorganisationen wollen in einer Erklärung Verwahrung gegen das Vorgehen der Regierung einlegen. Man hofft, daß die Regierung angesichts der Ablehnung aller Verbände ihre Haltung in dieser Frage ändern wird.

Die Besorgnis der Regierung über die Entwicklung des Marktes.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 20. Juni. Wie die „Dena“ berichtet, sieht man in Finanzkreisen, vor allem auch in den Kreisen der Regierung, der Entwicklung des Marktes mit großer Besorgnis entgegen. Durch eine neue Markttautrophe würden alle bisherigen Finanzpläne der Regierung über den Haufen geworfen. Wenn der Dollar, wie man befürchtet, in den nächsten Tagen eine Entwicklung auf 350 bis 400 nimmt, so trete eine Preis- und eine Lohnbewegung ein, die nur durch eine neue große Anspannung der Notenpreise einigermaßen ausgleichen werden könnte. In Regierungskreisen sei man deshalb der Überzeugung, daß dringende Maßnahmen zur Abhilfe notwendig sind. Der Reichsbanzer wird sich deshalb mit dem Reichsbankpräsidenten Hanenstein über die finanzielle Lage aussprechen. Die Reichsbank habe bisher versucht, durch starke Abgaben aus ihrem Devisenbestand den Kursdruck des Marktes aufzuhalten. Auf die Dauer sei ihr dies aber nicht möglich, da sie sonst den Handels an Devisen angreifen müchte, der für die Reparationsleistungen für Juli und August angekündigt worden sei. Der Banzer habe deshalb heute in den Besprechungen mit dem Garantiekomitee bereits darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des Marktes zu den schwersten Beschrifungen des Alats gebe. Er soll u. a. angeregt haben, die für die Reparationszahlungen aufgesammelten Devisen durch die Reichsbank zur Sicherung des Marktes verwerten zu lassen.

Anschaungsunterricht in Reparation.

In seiner „Festrede“ für die Verdun-Fete in London hat Poincaré einen Ausspruch getan, der so recht zeigt, daß dieser ebenso ehrgeizig wie kühflig und einseitig Politiker ein echter Sohn und Vertreter der grüne nation ist. Er hat gesagt, bei Verdun habe sich das Schicksal des Krieges entschieden. Nun, die Kinder — sie hören es gern Gewalt kommt es nach allem, was die französische und die englische Kriegspropaganda und die nach Kriegsende erzielt einleitende Lügenkunst geleistet haben, auf eine Unwahrheit mehr oder weniger nicht an. Aber auf diese Unwahrheit müssen doch Poincaré und seine englischen Hörer, die seine anwähnende und dreiste Behauptung ohne Widerruf hingenommen haben, festgenagelt werden.

Die angenehmen Zeitgenossen, die die Erinnerung an das Ringen um Verdun zwischen Sportveranstaltungen und Gastronomie begingen, wollen es offenbar nicht mehr wahr haben, daß es die Vereinigten Staaten gewesen sind, die schließlich den Weltkrieg für Frankreich und England gewonnen haben, und zwar nicht so sehr durch ihre soldatische Tüchtigkeit und Überlegenheit, als durch das in immer ungewöhnlicheren Mengen auf den Kriegsschauplatz gebrachte Maschinen-, Geschütz- und Munitionsmaterial. Das soll jetzt vergessen sein und wird absichtlich verschwiegen, um die französische Gloire um so höher erstrahlen zu lassen und desto bequemer die Reparationsforderungen gegen Deutschland aufrecht erhalten zu können.

Die Lüge von der Alleinherrschaft Deutschlands am Kriege genügt schon den französischen und englischen Chauvinisten nicht mehr. Vielleicht sind sie gewahr geworden, daß dieser Edelstein des Versailler Vertrages bedenkliche Risse zu zeigen beginnt, und wollen daher belasten ihrer Rache- und Kampfpolitik, die unter dem Namen des Versailler Vertrages geht, ein neues Fundament schaffen. English-französische Kampfgenossenschaft, Waffen- und Opfergemeinschaft — das sind die Almosen, die den Versailler Vertrag fürder zusammenhalten und gleichzeitig über die Interessengegensätze der beiden Mächte eine Brücke schlagen sollen.

Wenn sich solche „Gedenkfeiern“, von denen die am 17. Juni in London begangene sicherlich nicht die letzte sein wird, in erster Linie gegen Deutschland richten, so darf sie jenseits des Atlantik die gefährliche Ausschaltung der Vereinigten Staaten nicht unberücksichtigt bleiben und nicht missverstanden werden können. Solange sich Frankreich und England noch mit einem mächtigen Dritten in die Opfer und den Erfolg teilen müssen, könnten die Wiedergutmachungsansprüche entwertet werden, die sie bei jeder Gelegenheit präsentieren. Amerika hat sich nicht an der Ausbeutung der Ohnmacht und der Notlage Deutschlands beteiligt. Die amerikanische Industrie, die amerikanische Wirtschaft ist stark genug, um auf Maßnahmen, die die dauernde Niederhaltung der deutschen Wirtschaftskraft zum Ziele haben, verzichten zu können. Die Entente-Regierungen operieren trotz allen Zuspruchs an Land und Leuten, Reichtum und Macht, den ihnen der Krieg gebracht hat, noch immer mit dem Schrecken des deutschen Wettkampfs; sie wissen genau, daß es kein besseres Mittel gibt, um eine Wiederaufrichtung der Völker zu unterstreichen, die ihrer Stellung sehr schnell ein Ende machen würde, als die Besorgnis, am Geldbeutel geschädigt zu werden. Diese Sorge soll zugunsten des Saiten, der im Besitz ist, für alle Seiten bestmöglich werden.

Aber wie in der Schuldsrage wird auch hier die Wahrheit nicht dauernd unterdrückt werden können. Voraus ist der Beweis erbracht, daß die „Erfüllung“, die uns zugesichert und von uns verlangt wurde, tatsächlich unerfüllbar ist. Auch das französische Volk muß schließlich merken, daß das, was man ihm von der Leistungsfähigkeit Deutschlands erzählt, eitel Spiegelerei ist. Deutschland ist nicht entfernt mehr das Deutschland vor dem Kriege. Das wird nur zu oft übersehen. Die Zahlung einer einzigen Milliarde Goldmark, die das Londoner Abkommen vom Mai 1921 bis 1. August 1922 befristet hatte, hat an einem sehr erheblichen Teile durch Kreditnahme im Ausland bewirkt werden müssen. Die zur Abddeckung dieser Kredite erforderlichen Verkäufe von Reichsmark haben zu einer unaufhaltlichen, schließlich katastrophalen Entwertung unserer Währung geführt. Jede künftige Zahlung müßte das Mindestmaß auf der schiefen Ebene beschleunigen, bis der Sturz in den Abgrund nicht mehr aufzuhalten werden kann.

Noch sind im Ausland diese Vorgänge nicht in ihrer wahren Bedeutung erkannt. Dort beruft man sich teils盲目, teils gesellschaftlich auf den angeblichen Wohlstand und Reichtum Deutschlands, auf die Intensität seiner Wirtschaftsarbeit, die Größe seiner Auslandsgeschäfte. Die Warnungen vor Überhöhung der Verhältnisse, die völlige Ungewissheit der Wirtschaftslage, die immer mehr und immer schneller ansteigende Inflation und Verkühlung, die Tatlichkeit, daß die Lebenshaltung nirgends so schlecht und die Teuerung nirgends so furchtbar ist wie in Deutschland — alles das hat die französische Begehrlichkeit nicht eindämmen, die Besorgnis der englischen Industrie- und Handelskreise nicht beschwichten können.

Diefer Tage sind die Abschlüsse der deutschen Großbanken für das Jahr 1921 bekannt gegeben wor-

Das Gesamtergebnis des Volksbegehrens.

Bisher 820 502 Stimmen.

Nach den bisher vorliegenden Zahlen haben sich in Sachsen 820 502 Wähler in die Listen für das Volksbegehren eingetragen. Diese Eintragungen verteilen sich folgendermaßen:

Dresden-Baußen 333 281 Eintragungen von 1 120 098 Wahlberechtigten.

Leipzig 221 762 Eintragungen von 785 531 Wahlberechtigten.

Chemnitz-Plauen 265 459 Eintragungen von 1 041 013 Wahlberechtigten.

In ganz Sachsen 820 502 Eintragungen von 2 946 642 Wahlberechtigten.

Hierbei steht als letztes nur noch das endgültige Ergebnis der Amtshauptmannschaft Meißen, so daß sich das Gesamtziffer nicht mehr wesentlich ändern dürfte. Die Elften in der Amtshauptmannschaft Meißen werden vermutlich die Gesamtziffer noch um etwa 10 000 bis 15 000 Einzeichnungen erhöhen. Die für das Volksbegehren notwendige Ziffer von noch nicht 300 000 Eintragungen ist also nahezu dreifach gezeichnet worden. Die Gesamtzahl der bei der letzten Landtagswahl abgegebenen bürgerlichen Stimmen belief sich auf 1 019 363.

Das Gesamtergebnis, das reichlich 80 Prozent der bei der letzten Landtagswahl abgegebenen bürgerlichen Stimmen ausmacht, vervollständigt den günstigen Eindruck, den bereits die vorläufige Zählung hervorgerufen hatte. Wenn man den Ausfall an bürgerlichen Einzeichnern in die Elste, der auf die Besorgnis vor einem Bruch des Amtsgesetzes eintrat, durch die sozialistische Regierung zurückzuführen ist, in Aussicht bringt, so ist nicht zu bezweifeln, daß die bürgerliche Kraftentfaltung beim Volksbegehren einen erfreulich hohen Grad erreicht hat und die besten Rückschlüsse auf den letzten Willen des sächsischen Bürgertums zur endlichen Befestigung des unwürdigen Zustandes in der gegenwärtigen Regierung gefallen. Unerlässliche Voraussetzung dafür, daß das Volksbegehren sich in ausgiebiger Weise auswirkt, ist aber die Erkenntnis des gesamten Bürgertums, daß es bei dieser einen Kundgebung nicht sein Bewenden haben darf, sondern daß die bürgerlichen Wahlberechtigten nun erstmals alle Kraft zusammenzunehmen müssen, um bis zum bitteren Ende durchzuhalten und auch beim Volksentscheid den Sieg an ihre Fahnen zu fesseln. Das ist um so nötiger, als die Sozialdemokratie bereits ein raffiniertes Mittel ergriffen hat, um durch Stimmenthaltung im großen Stile den Volksentscheid zu sabotieren. Das Dresdenner Organ der Unabhängigen hat nämlich unter dem sächsischen Stichwort „Mathematisches zum Volksentscheid“ eine Rechnung aufgemacht, die davon ausgeht, daß sich am Volksentscheid mindestens 50 Prozent der Zahl der Wähler beteiligen müssen, die bei der letzten Landtagswahl als Wahlberechtigte in die Elste eingetragen waren. Da es im November 1920

2946 642 eingetriebene Wähler gab, so müßten, wenn der Entscheid ein Ergebnis haben soll, mindestens 1 470 321 Wähler sich beteiligen. Da nur die Bürgerlichen damals zusammen über 1 020 000 Stimmen verfügten (nach den Angaben der Unabhängigen Dresdenner Volkszähl.), so müßten sie, falls Sozialisten und Kommunisten Stimmenthaltung übten, noch 452 962 Stimmen mehr aufbringen, als bei der letzten Landtagswahl. Das unabhängige Organ erklärt fächerweise, das sei völlig ausgeschlossen. Diese Behauptung ist aber falsch und voreilig. Einmal fällt bei dem Volksentscheid die Stimmenthaltung fort, und es findet eine Stimmenabgabe statt, die mit dem strengen Geheimnis der Reichstagswahl unpaarig ist. Außerdem aber sind seit November 1920 nahezu zwei Jahre sozialdemokratischer Niedrigwirtschaft im Land gegangen, und den Herren von der sozialistischen Oberrasse wird wohl nicht ganz wohl zu Mute sein, wenn sie sich vorstellen, wie diese Zwischenzeit auf weite Kreise des sächsischen Landes gewirkt hat, mit ihrer Verwilderung der Sitten, ihrer religiösenfeindlichen Treiber, ihrer Auspreßung des Volkes durch erbarmungslose, ungünstige Steuern und ihrer unaufhaltlich fortbreitenden Teuerung, die den unglücklichen Verbrauchern das Land aus den Knochen saugt.

Wenn man mit besonnenen Arbeitern spricht, so wird man oftmals erstaunt sein über die Schärfe des Widerstandungsurteils, das diese über die herrschende Miswirtschaft fallen. Die sozialistische Wahlmathematik ist also durchaus nicht dazu angelegt, den bürgerlichen Kampfgeist zu lähmeln und die bürgerliche Siegeszuversicht zu vermindern. Nur die eine Wirkung kann und muß sie haben, daß alle bürgerlichen Wahlberechtigten sich dadurch zur Entfaltung der äußersten Energie erlauben. Es gilt einen schweren, heissen und erbitterten Kampf, darüber kann kein Zweifel sein, und die höchsten Interessen des sächsischen Landes und Volkes erfordern, daß er vom Bürgertum mit vollen Ehren bestanden wird. Die Frage, ob es möglich ist, zur freiwilligen Auslösung des Landstages durch das Zusammensein der Kommunisten mit den Bürgerlichen kommen könnte, darf bei den bürgerlichen Siegeszuversicht zu lähmeln und die bürgerliche Siegeszuversicht zu verhindern. Nur die eine Wirkung kann und muß sie haben, daß alle bürgerlichen Wahlberechtigten sich dadurch zur Entfaltung der äußersten Energie erlauben. Es gilt einen schweren, heissen und erbitterten Kampf, darüber kann kein Zweifel sein, und die höchsten Interessen des sächsischen Landes und Volkes erfordern, daß er vom Bürgertum mit vollen Ehren bestanden wird. Die Frage, ob es möglich ist, zur freiwilligen Auslösung des Landstages durch das Zusammensein der Kommunisten mit den Bürgerlichen kommen könnte, darf bei den bürgerlichen Siegeszuversicht zu lähmeln und die bürgerliche Siegeszuversicht zu verhindern. Nur die eine Wirkung kann und muß sie haben, daß alle bürgerlichen Wahlberechtigten sich dadurch zur Entfaltung der äußersten Energie erlauben. Es gilt einen schweren, heissen und erbitterten Kampf, darüber kann kein Zweifel sein, und die höchsten Interessen des sächsischen Landes und Volkes erfordern, daß er vom Bürgertum mit vollen Ehren bestanden wird.

Am 21. Juni 1922

den. In ihnen ist ein Anschauungs- und Beweismaterial enthalten, das auch im Ausland auf ernste sachliche Beurteilung rechnen darf. Im Geschäftsbereich der Deutschen Bank werden zur Kennzeichnung des letzten Wirtschaftsjahrs folgende Feststellungen gegeben: Gesamtumlauf des Institutes im letzten Friedensjahr 129 Milliarden Goldmark, im vorigen Jahre, obwohl die Bank seitdem ihren Geschäftsbereich durch Aufnahme anderer Bankanlagen beträchtlich erweitert hat, nur 88 Milliarden Goldmark! Die Summe der der Deutschen Bank anvertrauten fremden Geldern betrug im letzten Friedensjahr 1580 Millionen Goldmark, im vorigen Jahre nur 880 Millionen Goldmark! Ende 1918 bei 200 Millionen Aktienkapital 12% Prozent = 24 Millionen Goldmark, im vorigen Jahre bei 400 Millionen Papiermark Aktienkapital 24 Prozent = 11 Millionen Goldmark (entsprechend einem Goldkurs 1 : 85)! Die Ausfuhr von 1921 betrug nur etwa ein Drittel des Vorkriegswertes!

Diesen Tatsachen, die in Deutschland jedem praktisch arbeitenden Wirtschafter ebenso geläufig wie schmerlich sind, wird jede Entwicklungscommission, jede internationale Konferenz, die sich mit der Lage und Zukunft Deutschlands beschäftigt, früher oder später Rechnung tragen müssen, sie müßte denn die gleichen Anklagen der wirtschaftlichen Abhängigkeitsigkeit und sozialer Gewissenslosigkeit auf sich laden wollen, die denen die Gewaltmänner in Sowjet-Rußland erhoben worden sind. Dort liegt alles in Schutt und Trümmern, und noch weiß niemand, wie das Werk der Wiederaufbauung gelingen soll. Es gilt, Deutschland vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Deshalb dürfen wir nicht länger den Glauben an wirtschaftliche Möglichkeiten bestehen lassen, die tatsächlich nicht vorhanden sind. Rächt der Darstellung der Baulkraftfrage und die Abschaffung der deutschen Großbauten geplant, im Auslande der wirtschaftlichen Vernunft eine Basis zu brechen. Ein weiterer Schritt, die Bilanzierung in Goldmark entsprechend einem in Ablösung mit dem Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten und dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung unterbreiteten Antrags-Schmalzabach, muß folgen. Worte verhallen und Reaktionen verfliegen, aber Taten beweisen und bestehen.

Die Hermessäure vor dem Untersuchungsausschuss.

Berlin, 20. Juni. Der Reichstagsausschuss zur Untersuchung der gegen den Minister Dr. Hermann erhobenen Anschuldigungen vernahm heute Szenen und Sachverständige. Vorher wandte sich der Vorsitzende Dr. Fischer (Dem.) noch drücklich gegen einen Artikel der "Freiheit", in dem über die letzte Auswirkung gelegt wird, sie habe gezeigt, daß die bürgerliche Wehrhaftigkeit des Auschusses gar kein Interesse an der Auflösung der Dinge habe. Der Vorsitzende wies diese Kritik energisch zurück.

Großer Regierungsrat Dr. Jasse befandet als Referent für Eisenbahnfrage aus dem defekten Gebiet im Ministerium, er habe sich wiederholt gegen Anträge auf Sonderanfahrt von Süder für die Moselwinzer ausgesprochen. Nach einer Rückfrache mit Winzervertretern habe er angefangen, daß die besonders schwierigen Verhältnisse im bestreiten Gebiet eine nähere Prüfung der von dort kommenden Anträge angezeigt erscheinen ließen. Außer dem Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer seien dann auch die Verbände der Pfälzer und Rheinhessen in gleicher Weise berücksichtigt worden.

Der Vorsitzende Dr. Fischer erläuterte, daß der Verband der Winzerverbände bestreitet, daß während des Krieges Weinbergen an Pfeifers und andere Persönlichkeiten gegeben und wieder seien die Weine anderen führenden Persönlichkeiten überlassen worden, damit sie unter Umgehung des Einzelhändels direkt an die richtige Stelle kämen. Der Verband habe angesichts der schlechten Preise, die der Weinbau im Augenblick erzielte, mit diesen Weinbergen den sozialen Aufschluß wünschen, daß den Winzern angehängt wird. Es sei nie berücksichtigt worden, von einem Beamten eine Bevorzugung zu erreichen.

Der Geschäftsführer des Vereins gegen das Beleidigungsgesetz Dr. Böhlé führte in seinem Gutachten aus: Wenn der Generalsekretär kaum auch mit den Suderbesiegeln zu tun gehabt habe, dann seien die Anwendungen an den Minister Hermann zu beauftragen. Er müsse erwägen, ob die Entgeltsenkung in diesem Falle nicht geeignet wäre, ihn in einen Bildungsinstanz zu bringen. Die Art und Weise, wie von Faust im Auftrag des Winzerverbandes Reklame getrieben wurde, bilde eine Verfehlung für unsere Beamten.

Als Zeuge befandet noch Beheimrat Dunkel, der Referent für die Sonderzuweisung und Vorsitzender der Reichsindustrie, daß er sich gründlich immer gegen jede Sonderzuweisung ausgesprochen habe. Schließlich sei aber die Meinung des Referenten für die besetzten Gebiete durchdrungen. — Darauf verzogt sich der Ausschuss.

Der Kanzler und die Reichsgewerkschaft.

Berlin, 20. Juni. Vor einigen Tagen hat zwischen dem Reichskanzler und einer Anzahl Gewerkschaftsführer eine Zusprache über die Maßregelung der Streik beteiligt gewesene Eisenbahner stattgefunden, die in ihrem Verlaufe ergab, daß die von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner u. a. auch auf dem Gewerkschaftsfront in Leipzig aufgestellte Behauptung, der Reichskanzler habe den Beamten gegenüber sein Ehrenwort, seine Maßregelungen vorzunehmen, gebröchen, feineswegs den Tatsachen entspricht. Der Reichskanzler gab zu Beginn der Besprechungen die bestimmte Erklärung ab, daß er den Vertretern der Reichsgewerkschaft, als sie bezüglich der Maßregelungen bei ihm waren, niemals das Ehrenwort gegeben habe. Maßregelungen zu verhindern. Als Vertreter der Reichsgewerkschaft hat darauf der Justizrat Sonnenfeld den Reichskanzler, eine Erklärung abzugeben, daß er bei der Zusage an die Vertreter der Reichsgewerkschaft der Auffassung gewesen sei, daß die Aufsiedlung der Verordnung des Reichspräsidenten Straffreiheit bedeutete. Dr. Böhlé stellte dagegen fest, daß über diesen Punkten bei seiner Unterredung mit den Vertretern der Reichsgewerkschaft überhaupt nicht debattiert worden sei. Der Generalsekretär Döbling von der Reichsgewerkschaft gab nunmehr an, daß bei der fraglichen Unterredung der Reichskanzler nicht sein Ehrenwort gegeben habe, sondern die sozialeliche Betriebsordnung, daß nur wenige Beamte bei der disziplinarischen Verfolgung an der Strecke bleiben sollten. Auf den ersten Hinweis des Kanzlers, daß auch in diesem Zusammenhang der Begriff "soziale Versicherung" nicht gebraucht worden sei, gab Generalsekretär Döbling zu, daß ihm in diesem Punkte ein Irrtum unterlaufen sei. Zum Schluß der Zusprache erklärte der Kanzler, daß er mit dem Justizminister und dem Reichsverkehrsminister die Frage der Maßregelungen nochmals durchsprechen wolle. Die Vertreter der Gewerkschaften überreichten nunmehr dem Kanzler fünf Forderungen, in denen u. a. verlangt wird, Disziplinar- und Strafrechtliche Verfahren, die noch nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens geführt haben, niederzuholzen. Der Kanzler erklärte, daß die Reichsregierung diese Forderungen prüfen und ihre Bedeutung dann den Gewerkschaften mitteilen werde.

Freudige Begrüßung der Truppen im deutschen Oberschlesien.

Oppeln, 20. Juni. Der Einzug der deutschen Truppen in die Kreise Kreuzburg und Oberglogau, die der deutschen Regierungsgewalt wieder unterstellt sind, erfolgte heute vormittag. Die Reichsmehtruppen wurden von der Bevölkerung sturmisch begrüßt. In Kreuzburg lag ein Infanterie-Bataillon ein. Ein Reichswehrreiterregiment und eine halbe Batterie Feldartillerie wurden im Kreise verteilt. Die Schupo verfehlte bereits den Ordnungsdienst. (W. T. B.)

Die Ernährungsdebatte im Reichstag.

(Baudienst unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 20. Juni. Bei Beginn der Sitzung wurde von der Regierung erklärt, daß die Interpellation Hergt (D.R.) über die planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung in der nächsten Woche beraten werden soll. Darauf wurde die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Erhebung einer

Umlage, die die Landwirtschaft aussichtsreich verhinde, abgeworfen.

Umlage

sorgte.

Abg. Dies (Sentr.) erklärte, daß es sich hier um ein Problem handle, das durch den Mangel an Nahrungsmitteln außerordentlich erschwert werde. Dazu komme, daß viel zu viel mit Schlagworten gearbeitet werde. Die Landwirtschaft sei bereit, die Brotversorgung der Bevölkerung zu sichern. Sie sei auch bereit, an der Verbesserung des Brotpreises mitzuwirken. Sie wehre sich nur dagegen, diese Verbesserung allein zu tragen. Auf die Gefahr der Drohung mit revolutionären Maßnahmen könne nicht ernstlich genug hingewiesen werden. Neuwahlen unter der demagogischen Parole "Gegen den Brotmutter!" dürften den Sozialdemokraten nicht mögen. Der Erfolg könnte vielleicht anders sein, als man erwartet.

Abg. Dutche (Wolfsb.): Ich trete bewußt ein für die Politik der deutschen Landwirtschaft zur Errichtung unserer deutschen Volkes. Man erkenne jedoch nicht unbedingt diese Politik und mache sie nicht durch ungeeignete Maßnahmen unmöglich.

Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Ernährungswesens und des Viehwesens war Voraus-

setzung des Steuerkommissars.

Die Brotversorgung soll und darf nicht stören. Die Landwirtschaft stellt die Brotversorgung höher als das eigene Interesse. Sie kann diese nur führen unter der freien Wirtschaft.

Wir stimmen dem Plane der Erhöhung von verbilligtem Brot an minderbemittelten schwer festzulegen.

Das Opfer der Verbesserung dieses Brotes kann jedoch die Landwirtschaft nicht allein bringen. Eine Umlage ist

aber auch schädlich für die Verbraucher, weil die Kosten der

Zwangswirtschaft nach den Angaben des Ernährungswesens sehr und den Darlehen der Reichsgesellschaften mindestens das Zwölftel der Roggengröße vor dem Krieg betragen, und weil der durch die Erhöhung bedingte Transport des Brotgetreides ungefähr ein Sechstel des augen-

bläßlichen Brotpreises verschliefst. Rechnet man hingegen, daß

zu dem Marktbrot auch große Mengen von Auslands-

getreide verwendet sind, das 600 bis 800 Mt. für den Zeit-

raum gefordert hat, während der Landwirt 106 Mt. für den

Umlage-Roggen bekam, so muß auch der Verbraucher sich eingestehen, daß der Gewinn des deutschen Landwirtes sehr

gering ist. Die Umlage wirkt produktionshemmend auf

das Brotgetreide, indem sie zum vermehrten Anbau freier Produkte führt. Die Spekulation mit Getreide wird ver-

größert, wenn von 4,5 Millionen Tonnen Brotgetreide, das

im vorigen Jahre nach Abzug des Saatgutes und des Saat-

verbrauchs vorhanden war, nur 1,5 bis 2 Millionen Tonnen

ausreichen.

Die Ernteaussichten für Brotgetreide sind für die

Landwirtschaft nicht besonders günstig.

Mit allen Mitteln muß daher versucht werden, eine ernste Umlage, die die Landwirtschaft aussichtsreich verhindert, ab-

zuweisen.

Abg. Treitschmann: Der Ruf nach freier Wirtschaft ist kein Beweis für die Profitsucht, den Capitalismus der Kaufmänner, sondern für die Erfahrung, daß die Zwangswirtschaft die größte Gefahr bringt. Diese Gefahr erinnert uns dazu, den Ruf nach freier Wirtschaft nicht verstimmen zu lassen. Und steht die Sicherstellung der deutschen Volksversorgung an erster Stelle. Hoffentlich findet sich im Auschluß ein Weg, der die widerstreitenden Interessen der Produzenten und Verbraucher ausgleicht. Vor allem darf der Kleinbetrieb nicht wieder so belastet werden, wie im vorigen Jahre.

Abg. Dr. Heim (Baur. Bp.): Die Annahme, 45 Millionen Tonnen durch eine Umlage aus unserer Landwirtschaft herauszuholen zu können, ist völlig irrig. Bei einer schlechten Ernte würde das eine fast rektile Beschädigung des Ernteretzes bedeuten. Im vorigen Jahre hat man am ehrlich gezeigt, daß die Umlage sel nur eine vorübergehende Einrichtung, die nicht wiederkehren würde. Soll die Umlage aber eine dauernde Einrichtung werden, dann muß der hohe Maßstab befestigt werden. Man muß Rücksicht auf die Stimme der Landwirtschaft nehmen. Der Vorwurf der Sabotage ist völlig ungerecht. Eine Bindung des Umlagepreises ohne gleichzeitige Bindung der landwirtschaftlichen Gütermittel ist einfach brutal. Mit dem Erlass des Umlagegetreides im vorigen Jahre könnte der Bauer seinen Betrieb nicht fortsetzen. Abg. Heidemann (Kommt.) forderte eine Erhöhung der Getreideumlage und billiges Brot.

Damit schloß die erste Lesung. Die Vorlage wurde an den volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen. Angenommen wurde noch ein Antrag aller Parteien zur Änderung des Gesetzes betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgassenkassen, der gewisse Erleichterungen für die Genossenschaften mit gemeinschaftlichen Verbindungen wünscht. Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr: Bemelman-Abkommen und andere Verträge mit Frankreich, Interpellation Dr. Stresemann über die Gefahr einer Neutralisierung des Rheinlandes, deutschnationale Interpellation über die Herabsetzung von Eisenbahnmateriel.

Aenderung des Reichstagsprogramms.

(Baudienst unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 20. Juni. Der Ausschuss des Reichstages änderte heute die Dispositionen für den Beginn der Sommersession dahin, daß der Reichstag nicht am 28. Juni seine letzte Sitzung abhält, sondern nach einer kurzen Pause, während deren er nach München und Oberammergau fährt, am 2. Juli nochmals zusammentritt. Den Grund dieser Veränderungen bilden die Verhandlungen über die Zwangsanleihe und die Änderungen der Steuergesetze, die längere Zeit in Anspruch nehmen.

Die Zwangsanleihe im Steueranschluß.

Die Zwangsanleihe ein Attentat auf die Substanz des

Bolzvermögens.

(Baudienst unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 20. Juni. Im Reichstagsausschuss für Steueraufgaben bildete heute die Zwangsanleihe den Mittelpunkt der Diskussion. Abg. Seltendorff (D.R.): Die Goldentwertung infolge der durch die unanständlichen Reparationszahlungen bedingten grenzenlosen Verstrebung des Deutschen führt zu einer unausbaubaren Zerwerfung, zu einer wachsenden Geldkrise, ja zu einer Geldkrise. All das erfordert neuerliche Erleichterungen, namentlich dar, wo die Steuerprogression mit der Erhöhung des Papiermonopols und des Papierbetriebs zu übertriebener und unerträglicher Belastung von Existenzmitteln führt. Unbedingt ist daher der Zwangsanleiheentwurf der Regierung. Von der Notwendigkeit der Rettung des Goldumlaufes kann keine Rede sein. Die Zwangsanleihe ist nichts anderes als ein

Attentat auf die Substanz des deutschen Volksvermögens für die Zwecke der Bekämpfung der feindlichen Tributzahlungen.

Diese Sondervermögenssteuer ist um so unerhörter, als jede Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des einzelnen wie der Gesamtheit von der Regierung aufgegeben ist. Dieser Zwangsweg erfordert jede künftige Belebung von Mortanleihen, ohne die wir niemals unsere Finanzen wieder in Ordnung bringen können.

Der deutsche Gegenentwurf läuft auf die Belebung einer freiwilligen Anteile hinaus. Er unterstellt bestimmten Voraussetzungen daß man an eine Kombination der freiwilligen mit einer Zwangsantleihe denkt, nämlich erst dann, wenn die Reparationsfrage endgültig und der geringsten deutschen Beistellung entsprechend geregelt ist, wo die Steuerprogression mit der Erhöhung des Papiermonopols und des Papierbetriebs zu übertriebener und unerträglicher Belastung von Existenzmitteln führt.

Unbedingt ist daher der Zwangsanleiheentwurf der Regierung. Von der Notwendigkeit der Rettung des Goldumlaufes kann keine Rede sein.

Die Steuerbeamten werden auch weiter ihre volle Pflicht tun, wenn es gilt, unseren ernsten Erfüllungswillen zu zeigen. Zur Erfüllung von Aufgaben, die über die bestmögliche Leistungsfähigkeit hinausgehen und das deutsche Volk noch mehr ins Elend hineinziehen müssen, wird sich die Steuerbeamtenheit keineswegs entziehen können.

Der Leipziger Gewerkschaftskongress.

(Signer Baudienst der Freien Gewerkschaften)

Leipzig, 20. Juni. Als letzter Redner sprach für die Machtsozialdemokraten Bres, Hannover, Härtel, Arbeiter. Der Vorstand des Bundes der sozialen Tätigkeit erklärte, daß er sich auch wirtschaftlich bedroht fühlt. Endlich Agitation kam auf, aufzutun. Die über die Kraft der Gewerkschaften hinausgehende, ist ein Verbrechen. Praktische Arbeit muß geleistet werden. Man muß sich daran gewöhnen, die Welt als Arbeitsstätte anzusehen, und sodann sei es vor allem notwendig, den Glauben an die Siegreiche Kraft des Proletariats zu haben. Er verurteilte scharf das Operieren mit dem Bürgerkrieg, wie es Falter getan habe. Die Welt, die die Arbeiterschaft geben müsse, sei heute noch verschüttet. Die Wirtschaft sei verschlagen. Noch leben von den 18 Millionen Arbeitern in Industrie und Handel kaum 8 Millionen organisiert. (Verbundene Bewegung.) Viele Millionen hätten noch bis 1914 nicht gehabt, für Tarife zu kämpfen. Diesen Tatsachen müsse man Rechnung tragen, und da sei der Hebel anzusehen, um die Arbeiterschaft siegreich zu gestalten. Der Redner verteidigte jedoch die Stellungnahme des Bundesvorstandes auf Streikordnung. In Hand von kommunistischen Zeitungspartei weist er nach, daß auch von sozialistischer Seite gegen Streik verhindert werden soll. Auch in bezug auf die Arbeitsstätte müssen sich die Kommunisten aus eigener Sorge schlagen. Es gäbe z. B. eine Eisenwirtschaftsstelle und Autobahnenstellen. In der ersten jähren Metallarbeiter und in den letzteren jähren alle miteinander an einem Strang. Den Redereien gegen die Technische Not hilfe gegenüber verwies der Redner darauf, daß beim Bandarbeiterstreit und beim Eisenbahnerstreit sogar die soziale Regierung, der doch unabhängige Minister angehören, nach der Not hilfe gerufen haben. Hierauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung erstatte zunächst die Mandatprüfungskommission und die Redaktionskommission für die Vorberatung des Antrags Bericht. Alsdann begründete Gerritzen (Aber-Berlin Metallarbeiter) einen Antrag, in dem vermehrte Frauenkonferenzen und Schulungsmaßnahmen für die Arbeiterinnen, besonders für die schwangeren, gefordert werden. Pöhlom-Hamburg (Gewerkschaft) begründete eine Entschließung zur Wohnungsförderung, in der der Bundesvorstand beauftragt wird, die von ihm eingeführte gemeinschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baustoffe weiter zu betreiben, und im Bundesbüro eine Zentralstelle gegen Streikpole einzurichten. Auch in bezug auf die Arbeitsstätte gegen Streik verhindert werden soll. Die Kommissionen wollten die Gewerkschaften nicht verhindern. Der Kongress habe die kommunistische Fraktion auch offiziell anerkannt, indem er einen ihren Redner als Referenten zum Geschäftsbereich zuließ. (Obo-Stufe und Heiterkeit). Felscher-Delitzig (Gemeindearbeiter) verbreitete sich über das Ver sagen des Vorstandes in der Frage der sozialen Förderungen. Man lese täglich, wie ungleich die Gewerkschaften am Kapital und Arbeit verteilt seien. Kohne-Berlin (Eisenbahner) machte längere Ausführungen über die Verhinderung des Eisenbahnerstreits. Schumann-Halle (Metallarbeiter) begründete eine umfangreiche Entschließung Walzer zum Vorstandbericht, in dem die bekannten kommunistischen Forderungen auf innen- und außenpolitischen Gebieten zur Annahme empfohlen werden und erklärt wird, daß die Politik der Bundesleitung weder dem deutschen noch dem internationalen Proletariat entspricht. Hierzu wurde ein Schlussantrag angenommen. In der Mittagspause wird zunächst über die zum Vorstandbericht vorliegenden Anträge und Entschließungen abgestimmt werden.

Aenderung der Reichstagswahlkreise.

Berlin, 20. Juni. Im Reichsministerium des Innern

wurde eine Befreiung über die Änderung der Wahlkreise abgelehnt, da ein Annex zum Reichsmaßgeleb geplant ist. (W. T. B.)

Die deutschen Steuerbeamten gegen die Steuererpressung der Entente.

Berlin, 20. Juni. Der Bund Deutscher Steuerbeamten, der mit 19.000 Mitgliedern die überwiegende Mehrzahl der in der Reich

Börsen- und Handelsteil.

Der 7. Kongress Deutscher Handelsvertreter, der kürzlich in Breslau tagte, wurde durch die Unwesenheit der Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien, des Oberbürgermeisters der Stadt Breslau, des Polizeipräsidenten, des neuwirksenden Präsidenten der Breslauer Handelskammer, zahlreicher Parlamentarier und Vertreter der gelobtenen in- und ausländischen industriellen und kaufmännischen Verbände ausgezeichnet. Generalsekretär Dr. Behm, Berlin, erhielt Bericht über diejährige Tätigkeit des Centralverbandes. Hierauf sprach Reichshofgerichtsrat Dr. v. Soden, über „Das Umschlagsteuerrecht für den Handelsvertreterberuf“. In einer im Anschluß an diesen Bericht einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Centralverband Deutscher Handelsvertreter-Vereine beauftragt, alle Schritte in die Wege zu leiten, die der Verwirklichung der gerechten Befreiung des deutschen Handelsvertreterberufes dienen können, um damit gleichzeitig auch den Parteien des Reichstags zehnlos die Tatsache nachzubringen, daß die deutschen Handelsvertreter nichts anderes wollen, als gerechte steuerliche Behandlung. Der Vorstand des Centralverbandes, Walter Heyne, Berlin, behandelte die Frage: Ist die Tätigkeit des Handelsvertreterberufes produktiv? In eingehender Darlegung erläuterte der Redner die produktive Bedeutung des Handelsvertreterberufes für unser Wirtschaftsleben. Der Handelsvertreter ist nicht nur der Träger des billigen Abholweges, sondern wirkt auch auf die Gütererzeugung betriebsmäßig und schafft dadurch vermehrte Arbeitsgelegenheit. Auf Grund eines Berichts des 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Centralverbandes August Stroebel, Hamburg, nahm der Kongress einstimmig eine Entschließung an, in der eine Unterstellung des Handelsvertreterberufes unter das geplante einheitliche Arbeitsschutzgesetz unmöglich und nicht nur für den Handelsvertreterberuf als solchen, sondern auch für unser gesamtes Wirtschaftsleben als schädlich befürchtet wird. Der Kongress lehnte jede Beleidigung der selbständigen Stellung des Handelsvertreters ab und gab seiner Aussöhnungsbahn Ausdruck, daß die berechtigten Forderungen der Handelsvertreter in Augenschein auf ihre Rechtslage lediglich durch Anpassung der Bestimmungen des Handelsgeleybuchs an die Notwendigkeiten des Berufes verwirklicht werden können. Hierfür batte der Centralverband Deutscher Handelsvertreter-Vereine den Entwurf eines neuen Handelsvertreterrechts vorgelegt, der in seinen einzelnen Teilen von Justizrat Jacobi, Berlin, erläutert wurde. Der Entwurf, der die einstige Befreiung der Versammlung stand, hat bereits die Zustimmung maßgebender Kreise, zum Beispiel der Handelskammer zu Berlin, gefunden und ist dem Reichsjustizministerium zugestellt worden.

Am dritten Tage fanden dann die Tagungen der dem Centralverband angehörenden Fachverbände statt. Der vom Vorstandsmitglied Handelsgerichtsrat Eugen Herzberg, Berlin, erhaltene Bericht über die heutige Belastung des Handelsvertreterberufes endete mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung zur Gewerbesteuer, zur Einkommensteuer und einer Entschließung betreffend Finanzgerichte und Veranlagungskommissionen. In der ersten Entschließung sprach sich der Kongress gegen die dauernde Überspannung der Gewerbesteuer und insbesondere davor aus, daß einzelne Kommunen zu der Gewerbesteuer noch Sonderzuschläge für solche Betriebe einrichten, deren Ertrag im umgekehrten Verhältnis zum Anlage- und Betriebskapital steht. Durch diese Vorstehende der Handelsvertreterberuf, der weder Anlage- noch Betriebskapital braucht, dessen Einkommen lediglich aus seiner persönlichen Arbeit fließt, ganz besonders hart getroffen werden. Der Kongress drückte dagegen die höchste Verurteilung ein, insbesondere auch deshalb, weil eine solche Zusatzbelastung persönlicher Arbeit und Leistung zu vererblichen Folgen für die Allgemeinheit führen muß. In der Entschließung betreffend Finanzgerichte erfuhr der Kongress im Hinblick auf § 14 der Reichsabgabenordnung die Selbstverwaltungsgemeinde sowie die Landessinnanzämter, bei der Neubildung der Ausführung mehr als bisher den Verlust der Handelsvertreter zu befürchten, damit eine gerechte und sachgemäße Veranlagung der Handelsvertreter bewirkt werden kann. Das Vorstandsmitglied des Centralverbandes, Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Friedrich Baatz, Magdeburg, erstattete ausführlichen Bericht über Reichswirtschaftsrat, Bezirkswirtschaftsräte und Handelsvertreterberuf. In einer Entschließung forderte der Kongress die der wirtschaftlichen Bedeutung des Handelsvertreterberufes entsprechende Erweiterung seiner bisherigen Vertretung. – Als Tagungsort des nächsten Kongresses wurde Fürth gewählt.

* Das Goldzollanschlag wird mit Wirkung vom 25. Juni ab bis auf weiteres auf 6000 Tg. festgelegt.

Bank für keramische Industrie A.-G., Dresden. Die am Dienstag im Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden, abgehaltene Hauptversammlung, in der das gesamte Aktienkapital vertreten war, legte einstimmig die Dividende auf 10% fest und entlastete die Vermögensaufstellung. Der Ausschussträger begründete den Vorschlag, das Aktienkapital bis zu 10 Millionen Mark zu erhöhen, vor allem mit der zunehmenden Ausdehnung des Wirkungskreises der Bank, der es gelingt, in der keramischen Industrie immer mehr Beziehungen zwecks Durchführung geistiger finanzieller Transaktionen im Interesse der Industrie anzuknüpfen. Bei der Kapitalerhöhung sollen von 7 Millionen Mark zunächst 3000000 M. Aktien ausgegeben werden, die den bestehenden Aktionären zu 115% zur Verfügung gestellt werden. Bei allen ihren Maßnahmen wird die Bank von der am Schluß ihres Geschäftsjahrs bereits dargelegten Erfahrung geleitet, daß im Hinblick auf die gegenwärtige Lage der keramischen Industrie es für die Werke dieses Zweiges geboten erscheint, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, zweckmäßige Maßnahmen betriebstechnischer und organisatorischer Art zu treffen, um Herstellungs- und Verbandskosten nach Möglichkeit herabzudrücken, um nach wie vor vor erste Qualität ihrer Erzeugnisse zu gewährleisten. Auch ist es

notwendig, in allen einschlägigen betriebstechnischen und sonstigen Fragen zum Nutzen der Allgemeinheit einheitlich zu handeln, da Amerika bemüht ist, sich vom Deutschen Reich zu emanzipieren. Die mit der Kapitalerhöhung zusammenhängenden Satzungsänderungen wurden genehmigt und die ausscheidenden Aufführungsmitglieder wiedergewählt.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank). Im heutigen Anzeigetafel befindet sich die Einladung zur 60. ordentlichen Generalversammlung am 15. Juli d. J.

* **Deutsch-Böhmisches Kohlen- und Werkstoff-Werk A.-G., Dresden.** Der Abschluß per 31. Dezember 1921 ergibt: Bruttogewinn einschließlich Vortrag 886670 (I. G. 588424) M., Umlauf 298015 (1588424) M., Renten und Aktie auf gefundene Anteile 142080 (114410) M., Reingewinn 518584 (820371) M. Daraus (7,7 %) Dividende und 68584 (80871) M. Vortrag auf neue Rechnung. Die Effekte betragen 1,0 (2,50) Million Mark, Debitor 4,79 (5,50) Millionen Mark, Kreditoren 500 (507) M. Die von den Aktionären, welche seitgestellt die Vorträge vom 29. Juni 1919 angestrengt haben, angekündigten Anfeindungsklagen sind auch jetzt noch nicht rechtsträchtig erledigt. Die Klage wegen der Anfeindung der Befehle vom 29. November 1919 hat der endgültigen Erledigung durch das Reichsgericht, welche für den Dezember des laufenden Jahres bevorsteht. Noch nicht rechtsträchtig entschieden ist auch die Anfeindungsklage gegen die Befehle der Hauptversammlung vom 8. Juli 1920 über die Genehmigung der Jahresbilanz für das Geschäftsjahr 1919, welche von denselben Aktionären aus dem Grunde angestrengt wurde, daß in jener Bilanz die Übertragung der Geschäftsbücher und Kartei als rechtswidrig behandelt wurde. Für eine aufgedeutete Tätigkeit der Gesellschaft hat sich auch im Berichtsjahr kein Anlaß ergeben. Wegen der noch schwierigen Prognose gegen die früheren Hauptversammlungen schlägt die Verwaltung vor, den Aufschätzstat zu ermäßigen, den Zeitpunkt für die Auszahlung der Dividende selbstständig festzulegen.

Europäischer Hof A.-G. in Dresden. Das Ergebnis des Geschäftsjahrs ist befriedigend. Die Bilanz weist nach Abzug der Bergungen an den Hochland und die Angestellten und bei vorstichtiger Einziehung der Betriebsvorräte einen Überschuß einschließlich des Vortrages vom Vorjahr von 1672947 M. auf. Es wird vorgeschlagen für Abschreibungen hieraus auf Gebäude-Konto 66000 M., auf Mobilien-Konto 461291 M., auf elektrisches Beleuchtungs- und Heizungs-Anlagen-Konto 15021 M., insgesamt 528814 M. Hierzu soll dieses Konto um weitere 200000 M. als Rücklage für neue Erfolg- und Umbauten vermehrt werden. Im übrigen soll der Gewinn wie folgt Verwendung finden: Zum geistigen Reservefonds 58000 M., 12% Gewinnanteil der Aktiendarle 250000 M., Aktien-Zinszahlungs-Konto 500000 M., statutarische Vergütungen an den Aufsichtsrat 6167 M. Vortrag auf neue Rechnung 75888 M. Der am 28. d. M. stattfindenden Hauptversammlung soll ein Antrag unterbreitet werden, daß das Grundkapital von 2 Millionen Mark um 1 Millionen Mark neue Aktien aus 8 Millionen Mark zu erhöhen.

Deutsch-Böhmisches Kohlen- und Werkstoffwerke A.-G., Dresden-Blaustein. Der Reinigungsbilanz des Geschäftsjahrs 1921 wird mit 518584 (820371) M. ausgewiesen. Es sollen wie im Vorjahr 7 % Dividende und als Aufschätzstatanteile 10000 M. aufgeschüttet werden. Für die im Jahre 1921 noch nicht entrichteten Steuern werden 80000 M. und für Projektosten 120000 M. aufgezustellt. Der Geschäftsbereich befagt, daß die Anfeindungsklagen, die von den Aktionären, welche seitgestellt die Vorträge vom 29. Juni 1919 angestrengt haben, angekündigt wurden, auch jetzt noch nicht rechtsträchtig erledigt sind. Die Klage wegen Anfeindung der Befehle vom 29. November 1919 hat der endgültigen Erledigung durch das Reichsgericht, die für den Dezember des laufenden Jahres bevorsteht. Hat eine ausgedehnte Tätigkeit der Gesellschaft habe sich auch im Berichtsjahr kein Anlaß gegeben.

Mitteilen den Motorenwerken Mannheim A.-G. norm. Benz und der Danziger Werft soll ein Interessengemeinschaftsvertrag auf dem Gebiete des nationalen Motorenbaus sowie Schiffsmotoren aufzunehmen sein, wonach die Danziger Werft die Fabrikation dieser Maschinen vornimmt. Die Motorenwerke Mannheim A.-G. norm. Benz werden sich hierdurch ein Abhängigkeitsbereich in Polen und Russland sowie den Randstaaten sichern.

* **Ein Zeichenbild der Gegenstände des täglichen Bedarfs.** Das Reichswirtschaftsministerium hat ein Zeichenbild von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Sinne der Preise im Februar-Verordnung vom 8. Mai 1918 aufgestellt. (Karl Heymanns Verlag.) Die Stelle, welche die in Frage kommende Ware als Gegenstand des täglichen Bedarfs erklärt hat, ist in jedem einzelnen Falle angegeben. Soweit die Entscheidung oder das Gütekennzeichen verbürgt ist, enthält das Zeichenbild aus hierüber die nötigen Hinweise. Im Vorwort sind allgemeine Erläuterungen über den Begriff „Gegenstand des täglichen Bedarfs“ gegeben.

* **Preiserhöhung für Margarine.** Die niederrheinischen Margarinefabrikanten haben den Preis für Margarine, beste Sorte, um 3 M. auf 44 M. für das Pfund erhöht. In den Preisen für die übrigen Sorten tritt keine Änderung ein.

* **Gesellschaft für die valutabeschädigte Lebensversicherung.** Eine fünfjährige deutsche Delegation ist nach Bern abgereist, um mit dem Schweizer Bundesrat über die Behebung der Notlage der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften zu verhandeln. Wie verlautet, soll die Schweiz für einen Anleihesatz gewonnen werden. Die Aufgabe soll vom Deutschen Reich garantiert und mit der Schweiz zusammen getilgt und verhindert werden. Das Reich wird die ihm erwährenden Ausgaben zu einem Teil als besondere Steuer der Lebensversicherung aufzubinden müssen. Die Aussichten, mit der Schweiz zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen, werden als günstig angesehen.

* **Duitslands Industrierenzierungung** dat nach amtlichen Angaben in den acht Monaten vom 1. September 1921 bis 30. April 1922 rund 25,77 Millionen Rentner Wohlfert betragen. Damit ist die

Erzeugung in den entsprechenden acht Monaten der beiden vorangegangenen Betriebsjahre um 8,67 bzw. 11,67 Millionen Rentner überschritten worden. Deutschland's Industrieverbrauch belief sich nach amtlichen Berechnungen in den ersten acht Monaten des laufenden Betriebsjahres auf rund 18,70 Millionen Rentner oder um 4,44 bzw. 5,86 Millionen Rentner höher, als in dem entsprechenden Zeitraum der beiden vorangegangenen Betriebsjahre.

* **Auslandszucker.** Die erneute Verschlechterung unserer Währung im Verein mit den auf die neuwertige Besserung hin erfolgenden Erhöhungen der Auslandsförderungen wirkten erheblich auf den gesamthaften Verkehr. Das Ausland fordert ein deutscher Seebäder, ausschließlich Verbrauchsaufgabe: Juni-Mitschiff von Nordamerika 22/6 bis 22/7, daß trotz, im Juni eine treffende Ware von Nordamerika 4,40 ers. das ist. Der Wertpreis stellt sich auf vorhergehender Grundlage auf 1625–1650 M. für den Zentiner.

* **Riegelzuckerbestellungen im Österreich.** In Niederösterreich wurden in der Gegend von Linzberg ausgedehnte Riegelzuckerlagerungen entdeckt, die der Ausdehnung nach das größte betätigte Vorkommen in Europa bilden und an Qualität den besten Gelehrten völlig gleichkommen. Man entdeckte das bei einer jährlichen Erzeugung von etwa 10000 Waggons auf annähernd 800 Jahre reichende Vorkommen während eingehender Bohrungen im Del und Rohle. Der Abbau dürfte durch die alpenländische Schür-, Bohr- und Bergbaugesellschaft stark bedarf in Riegelzucker könnte noch nicht aus Landeserzeugnissen befriedigt werden, da die entdeckten Lager das erste Vorkommen an Riegelzucker in Österreich darstellen.

Wochekurse im Freiverkehr am 20. Juni bis abends 6 Uhr.

(Mitgeteilt von Gebr. Arnhold in Dresden.)

Holland (100 Gulden) 12825. Dänemark (100 Kronen) 6825. England (1 Pfd. Sterling) 1415. Amerika (1 Dollar) 822. Schweiz (100 Franken) 6100. Frankreich (100 Francs) 2750. Italien (100 Lire) 1545. Deutschösterreich (100 Kronen) 230. Tschechoslowakei (100 Kronen) 616. Ungarn (100 Kronen) 33.

Leipziger Kurse vom 20. Juni.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt 281. Leipziger Oppotheiken-Bank 141. Südliche Bank 237. Bank für Grundbesitz 200. Maschinenfabrik Germania 512. Werkzeug Biller 845. Beninger Maschinenfabrik 275. Botanische Werke 850. Orlmannswerke 415. Hassenpfeifer Gardinen 810. Leipzig'sche Baumwollspinnerei 830. Leipzig'sche Baumwollspinnerei 765. Leipzig'sche Spinnerei 790. Stöhr & Co. 1585. Thüringer Wollgarn 1000. Tittel & Krüger 1070. Erhardt & Würker 810. Bitterauer Mechanische Weberei 880. Brauerei Niedek 490. Gläser'sche Jägerfabrik 1290. Halsche Jägerfabrik 875. Rolorf 510. Bärberer Blaumau 800. Ludwigspfahl 550. Karl Küster 700. Gold & Lichling 1830. Gußanstalt Groß 200. Buchbinderei Triebisch 380. Piano-Zimmermann 703,30. Preßler 480. Reinckom & Pilla 265. Rietzel & Co. 851. Sächsische Bronze, Wurzen 1100. Hugo Schneider 645. Arno Schulz 975. Steingraeber Gold 1790. Geroldseher Steinlohen, El. 5000. Tendenz schwach.

Dresden'sche Handelsregister. Eingetragen wurde: die Firma Amalien-Apotheke Walter Hartmann in Dresden und daß der Apotheker Walter Heinrich Hartmann in Dresden Inhaber ist; – die Firma Meißnische Textilwaren in Dresden und daß der Kaufmann Meißnische Textil in Dresden Inhaber ist; – die Firma Spanisches Wein-Imperialhaus Vicente Pavia in Dresden Inhaber ist; – die Firma Hanf, Wirtschaftsstelle deutsche Jugendbau in Dresden; – die Firma Hanf, Wirtschaftsstelle deutsche Jugendbau, Zweigniederlassung Dresden in Dresden, daß das Stammbuchkapital anwachsenden Markt beträgt und zu Geschäftsjahr besteht und die Kaufleute Wilhelm Christian Johannes Glasen in Altona und Eduard Wilhelm Arthur Högl in Dresden; – die Gesellschaft Häusern-Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, daß das Stammbuchkapital leichtgestoßener Markt beträgt und zu Geschäftsjahr besteht und die Kaufleute Hans Mende und Otto Koch in Dresden; – die Kaufleute Simon & Bauer in Dresden und daß der Kaufmann Adolf Simon, beide in Dresden; – die offene Handelsgesellschaft Gebrüder Henning in Dresden und daß der Kaufmann Dietrich Willibald Kurt Henning und der Dr. Gottlieb Walter Franz Henning, beide in Dresden; – die Firma Max Bär in Dresden und daß der Kaufmann Max Richard Bär in Dresden Inhaber ist; – die Firma Jakob Janowitz in Dresden und daß der Kaufmann Jakob Janowitz in Dresden Inhaber ist; – die Firma Oswald Henkel, Cigarren-, Zigaretten-Tabake in Dresden und daß der Kaufmann Oswald Henkel in Dresden Inhaber ist; – die Firma Buch- und Kunstdruckerei Oswald Henkel in Dresden und daß der Kaufmann und Buchdruckereibesitzer Oswald Henkel in Dresden Inhaber ist.

* Ein Zeichenbild der Gegenstände des täglichen Bedarfs. Das Reichswirtschaftsministerium hat ein Zeichenbild von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Sinne der Preise im Februar-Verordnung vom 8. Mai 1918 aufgestellt. (Karl Heymanns Verlag.) Die Stelle, welche die in Frage kommende Ware als Gegenstand des täglichen Bedarfs erklärt hat, ist in jedem einzelnen Falle angegeben. Soweit die Entscheidung oder das Gütekennzeichen verbürgt ist, enthält das Zeichenbild aus hierüber die nötigen Hinweise. Im Vorwort sind allgemeine Erläuterungen über den Begriff „Gegenstand des täglichen Bedarfs“ gegeben.

* Preisreduktion für Margarine. Die niederrheinischen Margarinefabrikanten haben den Preis für Margarine, beste Sorte, um 3 M. auf 44 M. für das Pfund erhöht. In den Preisen für die übrigen Sorten tritt keine Änderung ein.

* **Gesellschaft für die valutabeschädigte Lebensversicherung.** Eine fünfjährige deutsche Delegation ist nach Bern abgereist, um mit dem Schweizer Bundesrat über die Behebung der Notlage der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften zu verhandeln. Wie verlautet, soll die Schweiz für einen Anleihesatz gewonnen werden. Die Aufgabe soll vom Deutschen Reich garantiert und mit der Schweiz zusammen getilgt und verhindert werden. Das Reich wird die ihm erwähnden Ausgaben zu einem Teil als besondere Steuer der Lebensversicherung aufzubinden müssen. Die Aussichten, mit der Schweiz zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen, werden als günstig angesehen.

* **Duisburgs Industrie-Aktien.** Die Reichs-Zollverwaltung hat die Befreiung der Duisburger Industrie-Aktien vom Zoll zu erlassen.

* **Neuer Kurs der Berliner Kurse vom 20. Juni 1922.** (Ohne Gewähr.)

Deutsche Staats- u. Stadtbahn. Transportwerke.

Bankhaus

DRESDEN-A VIKTORIASTR. 3.

FESTSPRECHER: 20679-21837-29004

AUSFÜHRUNG SÄMTL. BANKGESCHÄFTE * ABTEILUNG FÜR HYPOTHEKEN u. GRUNDBESITZ

Neuer Kurs der Berliner Kurse vom 20. Juni 1922.

Bankhaus

DRESDEN-A VIKTORIASTR. 3.

FESTSPRECHER: 20679-21837-29004

Bankhaus

DRESDEN-A VIKTORIASTR

Turnen — Sport.

Deutsche Kampfspiele.

Dem ersten eigentlichen Kampftag der Spiele am Sonntag folgte am Montag ein weit ausgedehnterer Betrieb, der nicht nur Fußballduelle im Deutschen Stadion und Hockeyspiele in Döbeln, sondern noch die Ruderregatta in Grünau und den Beginn des Tennisturniers in Grünau. Der Tag begann, abgesehen von den Vorrennen der Regatta, vormittags mit der Ruderwunde der Hockeyspieler.

Hier standen sich in zwei Treffen die bisher unterliegenden Mannschaften gegenüber. Wie zu erwarten war, besiegte der Berliner Sportclub den Sportclub Schlesien-Breslau nach überlegentlichem Spiel mit 6:0. Mit einem fast gleich hohen Resultat mußte sich die junge Mannschaft des Sportvereins Marienwerder vor Preußen-Marienwerder beugen. Beim Stande von 5:0 für Marienwerder der Schiedsrichter beide Mannschaften. Am Nachmittag folgte dann gleichfalls in Döbeln die Zwischenrunde des Kampftagewettkaus, für den sich aus den Spielen des Sonntags Leipzig-Sportclub, Frankfurt 1890, Club zur Stadt-Bremen und W. F. V. Wien qualifiziert hatten. Auch traten sich die Leipzig- und Frankfurter. Die Süddeutschen hatten leider mit fünf Erwachsenen antraten müssen, waren daher von vornherein sehr im Nachteil. Die Mannschaft fand sich jedoch sehr gut zusammen und konnte das Spiel mehr oft halten. Leipzig spielte oft Körperlich. Mit 5:1 für Frankfurt ging es in die Poule. Die Leipziger rontierten mit 5:4 den Sieg noch an die mitteldeutschen Nachen heran. Zum weiteren Zwischenmannschaftenplatz traten sie dann W. F. V. Wien, der bereits zwei Spiele erledigt hatte, und der Club zur Stadt-Bremen gegenüber. Wegen der ausgeschlagene Mannschaft der Bremens rontierten die Wiener natürlich nichts ausrichten.

Die Bremens hatten an ihrer Regatta in Grünau

geklungen. In den einzelnen Konkurrenzen gelang es den Berliner Sportboxern, deren Mannschaft bereits am den Vortagen sieben Meilen gewonnen hatten, den achten Sieg an ihre Tabellen zu holen. An dem zweiten Abend, der den Tag beschloß, negierte Vorussia in einem klaren Sieg gegen die Löher Germania und Pirati-Wien, in dem einer konnte Vier (Würzburg-Berlin) erst nach viertem Kampf T. C. Reinbold mit einer knappen Sekunde hinter sich lassen. Eine weitere Kampftagerrunde bildete das Dauerrudern über 20 Kilometer. Von den 18 gemeldeten Booten ketteten sich 15 dem Starter. An Abstand von einer Minute wurden die Boote abgetragen. Am Bewerbsumzug im Siedler-See traf zuerst der W. F. V. Bremenburg vor Altona-Berlin, L. A. B. Berlin, Herrenring-Rennschule-Hausen und Altona-Berlin II. Boot ein. So blieb auch die Niederschläge bis zum Schlus. Die Zeitausrechnung ergab jedoch, daß Austin und L. A. B. mit 2 Std. 10 Min. 11 Sek. die zweite Zeit gebraucht hatten.

Am Dienstag begann das

Tennisturnier des Deutschen Tennis-Bundes

Mit einem für die Entscheidung allerdings belanglosen Spiel. Da nur die beiden des Bundes zugelassen sind, wurden recht gute Verhandlungen geführt. Die einzelnen Ergebnisse des ersten Tages sind: Herren Einzelnspiel: Siebold-Bielefeld gegen Rigner-Breslau 6:4; C. J. Lander-Büttow gegen Poppeln-Berlin 2:6, 6:2, 3:6, 7:5; Holzhausen-Berlin gegen Semmering-Weimar 6:4, 6:2; Kreuzer-Großhart gegen Siebold-Bielefeld 2:6, 6:0, 6:0; Damen Einzelnspiel: W. B. Berlin gegen W. F. V. Wien 6:1, 6:1; Herren Doppelnspiel: Uebelhaar-Willy Wien gegen Eberhard-Schäfer-Berlin 6:2, 6:0.

Tenniskampfmeisterschaft

Der Spieldienstbuch des Deutschen Fußballbundes hat die Entscheidung um die Deutsche Meisterschaft 1922 für den 9. Juli in Sachsen-Anhalt und übertragen. Die Wahl des Ortes bleibt dem Deutschen Fußballverband überlassen. Ob sich die Mannschaften des 1. Ruhralstadt-Nürnberg und Hamburger Sportvereins, wobei nur eine so lange Zeit zwischen der ersten Verhandlung und die Entscheidung gelegen wird, hiermit einverstanden erklären, wird nicht zu erahnen.

Ergebnisse der Deutschen Kampfspiele vom Dienstag:

Württemberg: Sportclub Frankfurt a. M. 1890 gegen Sportclub Charlottenburg 11:3.
Charlottenburg: Berliner Sportclub-Charlottenburg gegen Sportclub Preußen-Karlsruhe 17:0.

Nürnberg: Norddeutschland gegen Mitteldeutschland 8:0; Süddeutschland gegen Südostdeutschland 2:0.

Sachsen: Herreneinzelnspiele: Helmets-Bremen schlägt Sammel-Berlin 6 auf und 5 zu Spielen. Ruderwunde der beiden Bassermannschaften: 5. Bölling, 5. Blotz-Bielefeld a. R., Halle, Lehmann, 5. Goldberg-Berlin 4 auf und 5 zu Spielen.

Die Tennis-Ergebnisse folgen im Abendblatt.

Pferdesport.

Beranda für Hamburg-Horn am 21. Juni:
1. Rennen: Pottbus, Goldkron. — 2. Rennen: Alpenrose, Gablonz. — 3. Rennen: Bentrifugal, Traumdeuter. — 4. Rennen: Stall Weinberg, Abenteuer. — 5. Rennen: Geißt Seil, Ordensritter. — 6. Rennen: Ritterin, Reinweiss. — 7. Rennen: Eichen, Philippus.

Beranda für Köln am 21. Juni:

1. Rennen: Daskuerin, Bandkohl. — 2. Rennen: Magyar, Ballon. — 3. Rennen: Osmane, Karr. — 4. Rennen: Sommerflor, Georgios. — 5. Rennen: Helmy, Iren. — 6. Rennen: Sternbild, Orlus. — 7. Rennen: Donna D. Marfan. — Strauberg, 21. Juni, 10ig. Trabtmelde. 1. Rennen: Reichsgräfin (Edler), 2. Pavian II, 3. Rosolos. 4. Flugschiff, Lotz, 5. 10, 6. 10, 7. 10. Rerner: Turnspalte, Schwammetter. — 2. Rennen: 1. Rödert (R. Gewild). 2. Barbar, Attade, 3. Angriff, Lotz, 4. 10, 5. 10, 6. 10, 7. 10. Rerner: Polonette, Blüthner, Salgir (gel.), Domidicus. — 8. Rennen: 1. Walpall (Reimthob), 2. Corona, 3. Samit, Lotz, 4. 10, 5. 10, 6. 10, 7. 10. Rerner: Gardsassiettin, Fabris, Dittel II. — 9. Rennen: 1. Perleus (Heldemann), 2. Tivoli, 3. Galipoli (gel.), 4. Top Tivoli, 5. Stoch, Lotz, 6. 10, 7. 10, 8. 10, 9. 10. Rerner: Galion d'Or (gel.), Robert, Juha (gel.), Siguri, Saartela (gel.), Preko. — 10. Rennen: 1. Jeffo (Kofina), 2. Glindstaube, 3. Maggie, 4. Vogelbi, Lotz, 5. 10, 6. 10, 7. 10. Rerner: Herkuturm, Garderobe, Hartenstein.

Radsport.

Fußballspiel am Mittwoch, 11. Juni: Im den Dresdner Pokal haben sich heute nachmittag 8 Uhr im über-Sportpark im Jägerpark an der Radeberger Straße Dresdner Spielvereinigung und Sportgewerbe-Liga 1893 im Wiederholungsspiel gegenüber. In den ersten Spielen unterlagen die 1898er knapp mit 1:2. Sie protestierten wegen einer Schlechtentscheidung des Schiedsrichters, aus der das siegende Tor für Spielvereinigung resultierte. Der Prozeß wurde in zweiter Auflage anerkannt.

Leichtathletik.

Sportfest in der Jahreshalle. Ein Sportfest mit leichtathletischen Wettkämpfen findet am Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 4 Uhr in der Jahreshalle Deutscher Arbeit, Ausstellungspalast, statt; es wird von den Sportvereinen Guts-Müts, Dresden, Deutscher Sportclub und Sportverein Dresden selbst veranstaltet. Ein besonderer Eintritt dafür wird nicht erhoben. Aus dem Programm sind die Wettbewerbsarten im Speerwerfen, Wurf, Discus, die Einzelwettkämpfe in Laufen, Speerwerfen, Angelstoßen, Springen besonders hervorzuheben.

Sportverein Dresdenia beteiligte sich am vergangenen Sonntag an den leichtathletischen Wettkämpfen des Vereins für Bewegungs-spiele in Chemnitz und vermochte folgende achtbare Erfolge zu erzielen: Von den Jugendleuten konnte Kaiser den ersten Platz im Hochsprung, Maier den zweiten, Höfer den dritten, Günther den vierten und Adolf Richter den fünften Platz im 1500-Meter-Lauf (24 Teilnehmer). Matthes den dritten Platz im Kugelstoßen belegen. Außerdem brachte die Dresdenia-Jugendmannschaft die Olympia-Medaille nach Hause nach Paule. Bei den Seniors wurde Paul Amietter und Probst Tritter im 100-Meter-Lauf. Das Erstlingsduo behauptete beide im Weitsprung und Zimmermann im Halb-kundenslau. — Die Bekämpfung der nationalen Veranstaltung des Akademischen Sportclubs in Chemnitz in zeitig folgende glänzende Ergebnisse: 100 Meter für alle Herren: Paal, Grüne, 100-Meter-Lauf für Junoren: Grauer, Grüne, 100-Meter-Lauf für Seniors: Mühl, Udo, Tritter, 1500-Meter-Lauf für Seniors: Mühl, Auer, hinter Apfel, Werderburg. Die Biarmal-100-Meter-Stafette, ebenso die Olympia gewann Dresdenia überlegen.

Radsport.

Radsportclub Albatros. Der dritte Wertungslauf um die Meisterschaft auf der Bahn hatte folgendes Ergebnis: 1. Max Buch, 2. C. Richter, 3. A. Herz, 4. A. Richter, 5. C. Schönherr. Die Rennmannschaft beteiligte sich am 25. Juni an den Radsrennen in Chemnitz.

Wasserball.

Dresdner Schwimm-Verein e. V. Am Sonntag wurde gegen den Schwimmklub Chemnitz von 1892 in dem neuerrichteten Freibadbad in Chemnitz vorne ein Klub-Wettkampf ausgetragen. Der anstrengende Kampf wurde mit 38:30 Punkten für S. A. G. v. 92 entschieden. Die Ergebnisse sind: Seniorlagenstaffel, 1 mal 100 Meter: S. A. G. v. 92: 6:18. Herren-Springen: 1. Erich Dörrig, 2. S. A. G. v. 92: 20 Punkte. Senior-Brustschwimmen, 100 Meter: 1. Kurt Reichel, 2. S. A. G. v. 1: 35,5. 2. Wölfe, 3. S. A. G. v. 92: 1:38,4. Senior-Audenschwimmen, 100 Meter: 1. Max Wölfe, S. A. G. v. 92: 1:33, 2. Otto Daniel, 3. S. A. G. v. 1:30. Kurze Strecke beliebig, 100 Meter: Max Wölfe, 1. S. A. G. v. 1:28,6, 2. Andeisen, 3. S. A. G. v. 92: 1:27,8. Senior-Schwimmen, 100 Meter: 1. Georgi,

S. A. G. v. 92: 1:24,6, 2. Erich Sprößig, 3. S. A. G. v. 1:28,6. Wasserballspiel: S. A. G. v. 92 gegen Dr. S. G. v. 4:1.

Dresdner Wasserschwimmfest. Das Meldeergebnis zum diesjährigen Wasserschwimmfest am nächsten Sonntag in Großenhain ist mit 180 Meldeungen unter den Erwartungen geblieben. Ein Teil der Herrenrennkämpfe muß wegen zu geringer Beteiligung ausfallen, so die Vagenstaffel, an der nur Bojedon und das zweite Seniorenschwimmen, zu dem nur der D. S. G. v. meldet haben. Der schnellste Schwimmer Dresden lädt sich dieses Jahr überhaupt nicht feststellen, da zum ersten Senior-Schwimmwettkampf keine Meldung eingegangen ist. Die Damen- und Jugendwettkämpfe beiderlei Geschlechts sind gut besetzt. Es wird dadurch die bessere Platzierung des Damen- und Jugendwettkampfes zu den Dresdner Vereinen erwiesen. Ein Grund für die Zurückhaltung bei Abgabe der Meldeungen zu den Seniorwettkämpfen dürfte zweifellos darin zu suchen sein, daß die Mannschaften für das Wasserballspiel am Schluss des Wettkampfes geholt werden sollen, das der Dresdner Schwimmverein und Neptune miteinander als entscheidende Spiel für die diesjährige Gaumeisterschaft abschließen werden.

Retterungshübung. Sonntag, den 25. Juni, vormittags 8 Uhr, veranstaltete die freiwillige Feuerwehr-Kompanie vom Roten Kreuz, Dresden, in Verbindung mit der Deutschen Feuerwehr-Sicherheits-Gesellschaft eine großzügige Rettungsübung in, an und auf der Elbe am Lindenchen Bode. Ihr liegt folgender Gedanke zugrunde: Auf der Elbe findet ein Wasserboot die Rennstrecke kreuzt. Durch die entnommene Ruderer werden die Insassen des Wasserbootes unruhig, das Boot

entert. Die Insassen können nicht schwimmen, ein zweites

Wasserboot, welches zu Hilfe kommen will, wird von einem der Erwachsenen ebenfalls zum Rettern gebraucht. Von hier aus

beginnen sich beide Rettungsschwimmer ins Wasser und bringen die Verunglückten ans Ufer. Eine gerade vorübermarchierende Kolonne vom Roten Kreuz wird auf das Unglück außerordentlich und leistet die erste Hilfe. Auf einem vorbeimarschenden Dampfer ereignet sich aus gleicher Zeit eine Rettungsexplosion. In der Rettungskette verschliebene Personen ins Wasser, die von Rettungsschwimmern und Rettungsbooten an Land gebracht werden. Außer den Rettungsschwimmern nehmen an der Übung teil: Der Sächsische Regatta-Verein durch die Ruder-Gesellschaft, der Dresden Ruder-Verein, der Polizei-Verein, die Bandesicherheits-Polizei, Mitglieder des Polizei-Beamten-Schwimmvereins der blauen und Wohlwahrtspolizei, Rettungsschwimmer Dresden, Schwimmvereine. Mitglieder der Deutschen Feuerwehr-Gesellschaft können für den abgesperrten Teil des Übungsgeländes Karten in der Geschäftsstelle, Bahnhof, Ecke Kurfürstenstraße, Schirmgeschäft von Dauenzig, entnehmen.

Dresdner Turn- und Sportverein von 1867. Schwimm-

teilung. Infolge anderweitiger Belegung des Germaniabades schwimmt die Abteilung ab Freitag, den 23. Juni, abends von 9 bis 9 Uhr.

Tennis.

21. Allgemeines Tennis-Turnier Dresden. Da die Spiele am Dienstag bis zum späten Abend noch im Gange waren, kann der Schlußbericht erst in der nächsten Nummer veröffentlicht werden.

Kegelsport.

Ein Herausforderungskampf zwischen Franz Pöttermann (klub Schwerin II) und Kurt Büger (Schwerin III) über 100 Kugeln endete mit einem Sieg des ersten mit 286 Hols gegen legierten mit 248 Hols. Der Endkampf war infolge der geringen Differenz sehr spannend.

Berg- und Wander-Sport.

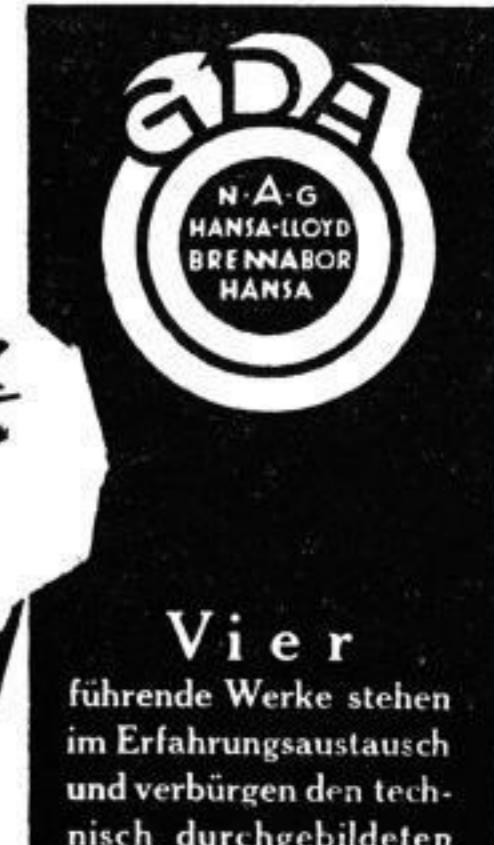
Der Deutsch-Oesterreichische Touristenklub, Sektion Dresden des Österreichischen Touristenklubs, hielt am Sonntag seine Sonnwendfeier auf dem Zugspitze ab, an der sich trotz der Unlust der Witterung eine erfreuliche Anzahl begeisterter Mitglieder eingefunden hatte. Nach Eintritt der Dunkelheit loberte die gänzlich das Kreuzenfeuer gen Himmel. Aufzählmann Melzer hielt hierzu eine von wälderndischer Tiefe und Wunderfreude durchdrungene Feuerrede.

Vereinskalender

Dresdner Turnen. Donnerstag, den 22. Juni, abends 7:30 Uhr, Gauturnfestsitzung Altmühlstraße 40.

Der Kreisring des Kreises Ostholstein im Verband Mitteldänischer Ballspielvereine findet am 16. Juli in Dresden, also noch vor dem Verbandsstage statt.

Der Touristenklub Echo in Dresden. corporatives Mitglied des Landesvereins Sächsischer Heimatshaus, Gesetzgebervereins für die Sachsische Schweiz und Sachsische Bergsteiger-Bundes, veranstaltet am Sonnabend, den 24. Juni, im Gasthof zu Raundorf eine Sonnenfeier mit allerlei Überraschungen und Nummern zum anschließenden Sommerfest am 25. Juni. Abgang: 8:17 Uhr ab Pöhlisch-Wehlen.



Vier
führende Werke stehen
im Erfahrungsaustausch
und verbürgen den technisch
durchgebildeten
Kraftwagen

